

Die Beitragsgrundlagenoption

Die Beitragsgrundlagenoption im bäuerlichen Sozialrecht – Bildung der Beitragsgrundlage – Beitragssatz – steuerliche Auswirkungen der Beitragsgrundlagenoption – Übersicht Gewinnermittlungsarten – Beispiele

Beitragsgrundlagenoption

Auswirkungen auf Sozialversicherung und Steuer

Impressum

4. Auflage (Stand: Juli 2011)

Herausgeber, Medieninhaber und Hersteller: Sozialversicherungsanstalt der Bauern,
 Redaktion: Dr. Georg Schwarz; 1030 Wien, Ghegastraße 1, Telefon: 01/797 06 DW 2201;
 e-mail: info@svb.at; Internet: www.svb.at; Eigendruck. SVD-Büromanagement GmbH

Fachlicher Inhalt zu Beitragsgrundlagenoption und Steuern:

Univ.-Lektor Dipl.-Ing. Dr. Christian Urban, Steuerberater bei LBG Österreich (www.lbg.at)

Fachlicher Inhalt zu Beitragsgrundlagenoption im bäuerlichen Sozialrecht: Alstv. Mag. Karin Goldenits (SVB)

Alle Angaben in dieser Broschüre erfolgen trotz sorgfältigster Bearbeitung ohne Gewähr;
 eine Haftung der Autoren bzw. des Herausgebers ist ausgeschlossen.

Hinweis: Alle Beträge in Euro

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	04
Einleitung	05
<i>I. Die Beitragsgrundlagenoption im bäuerlichen Sozialrecht</i>	
1. Allgemeines	07
2. Antrag	08
3. Bildung der Beitragsgrundlage	09
4. Beitragssatz	11
<i>II. Beitragsgrundlagenoption und Steuern</i>	
1. Übersicht über die Gewinnermittlungsarten	17
2. Die steuerlichen Voraussetzungen	18
3. Grundzüge der Teilpauschalierung	20
4. Die steuerlichen Auswirkungen	22
5. Übergangsergebnis	23
6. Selbstständigenvorsorge für Land- und Forstwirte	29
<i>III. Auswirkungen auf die Pensionshöhe</i>	31

Sehr geehrte Versicherte, liebe Leserin, lieber Leser!



Seit 2001 haben die bäuerlichen Versicherten die Wahlmöglichkeit, ihre Beiträge entweder nach dem bisherigen pauschalen System auf Basis der Einheitswerte bemessen zu lassen, oder dass stattdessen die Einkünfte laut Einkommensteuerbescheid herangezogen werden. Diese zweite Variante – die so genannte Beitragsgrundlagenoption - war eine langjährige Forderung innerhalb der Bauernschaft, weil besonders für Betriebe mit hohen Hektarsätzen in vielen Fällen die Beitragsgrundlage nicht dem tatsächlichen Einkommen entsprach. Diesem Anliegen haben wir mit der Beitragsgrundlagenoption Rechnung getragen. Bis Mitte 2011 haben rund 2.700 Betriebe österreichweit von dieser Option Gebrauch gemacht und sich dafür entschieden, ihre Beiträge für die bäuerliche Sozialversicherung anhand ihrer tatsächlichen Einkünfte errechnen zu lassen. Entscheidet man sich für diesen Weg, sind damit aber auch Konsequenzen verbunden, die es vorab zu bedenken gilt. Nicht zuletzt hat die Beitragsgrundlagenoption auch Auswirkungen auf die steuerliche Gewinnermittlung. Hier ist eine rechtzeitige und umfassende Beratung notwendig, die wir sozialversicherungsrechtlich in jedem Regionalbüro oder bei unseren Sprechtagen vor Ort gerne anbieten.

Die vorliegende Broschüre soll Ihnen eine Orientierung über die einzelnen Bestimmungen der Beitragsgrundlagenoption sowohl aus Sicht der Sozialversicherung als auch steuerrechtlich bieten und Ihnen damit hoffentlich als Entscheidungsgrundlage dienen.

Ihr

Obmann NR Karl Donabauer

Einleitung

Bis zum Jahr 2001 wurde im Wege der pauschalen Ermittlung des bäuerlichen Einkommens auf der Grundlage des land(forst)wirtschaftlichen Einheitswertes der Versicherungswert gebildet und dieser unabhängig von der konkreten Einkommenssituation des jeweiligen bäuerlichen Betriebes als ein aus dem Einheitswert abgeleitetes „fiktives“ monatliches Betriebseinkommen als Beitragsgrundlage herangezogen. Es steht dem(n) Betriebsführer(n) des land(forst)wirtschaftlichen Betriebes die Möglichkeit der Beitragsgrundlagenoption offen, welche die Konsequenz hat, dass anstelle des Versicherungswertes die tatsächlichen Einkünfte aus der Land- und Forstwirtschaft, die im Einkommensteuerbescheid des/der Versicherten ausgewiesen sind, für die Beitragsbemessung herangezogen werden.

Dieses Abgehen vom pauschalen Einheitswertsystem in der Sozialversicherung soll die Leistung von Beiträgen entsprechend den tatsächlichen Verhältnissen ermöglichen und hat daher auch unmittelbare Auswirkungen auf die Art der steuerlichen Gewinnermittlung. Wird von der Beitragsgrundlagenoption in der bäuerlichen Sozialversicherung Gebrauch gemacht, hat dies zur Folge, dass der steuerliche Gewinn nicht aufgrund einer Vollpauschalierung (= pauschale Gewinnermittlung nach Prozentsätzen vom Einheitswert) berechnet werden kann, sondern entweder mittels Teilpauschalierung, Einnahmen-/Ausgaben-Rechnung oder Buchführung ermittelt werden muss.

Nachdem also im Zusammenhang mit der Beitragsgrundlagenoption sowohl steuerliche als auch sozialversicherungsrechtliche Aspekte beachtlich sind, soll diese Broschüre einen Überblick über beide Rechtsbereiche geben.

Nicht übersehen werden darf jedoch, dass der für die Ermittlung der Einkommensteuer maßgebliche land(forst)wirtschaftliche Einheitswert und jener Einheitswert, der für die Berechnung der Sozialversicherungsbeiträge herangezogen wird, voneinander abweichen können, da das Steuerrecht und das Sozialversicherungsrecht unterschiedliche Berechnungsweisen für die Höhe des Einheitswertes von

Pachtflächen vorsehen. Im Bereich der Einkommensteuer kommt der Hektarsatz des Pächters auch für die zugepachtete Fläche zur Anwendung. Im Sozialversicherungsbereich wird hingegen der tatsächliche Hektarsatz der jeweiligen Fläche (laut Einheitswertbescheid des Verpächters) – im Ausmaß von 2/3, oder wenn die Zupachtung von nahen Angehörigen erfolgt, zur Gänze – in Ansatz gebracht.



I. Die Beitragsgrundlagenoptionen im bäuerlichen Sozialrecht

1. Allgemeines:

Im Rahmen des Budgetbegleitgesetzes 2001, BGBl. I Nr. 142/2000, wurde im BSVG die Regelung über die Beitragsgrundlagenoption geschaffen: Gemäß § 23 Abs. 1a BSVG kann der Betriebsführer eines land(forst)wirtschaftlichen Betriebes beantragen, dass zur Beitragsbemessung anstelle des Versicherungswertes die Einkünfte, die im Einkommensteuerbescheid ausgewiesen sind, herangezogen werden.

Versicherungswert bedeutet eine pauschale Ermittlung des bäuerlichen Einkommens auf der Grundlage des land(forst)wirtschaftlichen Einheitswertes, der vom Finanzamt festgestellt wird. Der Versicherungswert ist ein Prozentsatz des Einheitswertes des land(forst)wirtschaftlichen Betriebes und stellt die für die Zwecke der Sozialversicherung errechneten monatlichen Einkünfte des Betriebes dar. Beitragsgrundlagenoption bedeutet, dass anstelle des Versicherungswertes die tatsächlichen Einkünfte aus der Land- und Forstwirtschaft, die im Einkommensteuerbescheid des/der Versicherten ausgewiesen sind, für die Beitragsbemessung herangezogen werden.

Ab 1.1.2001 besteht also generell für den Betriebsführer die Möglichkeit, alternativ zur derzeitigen pauschalen Berechnung der Beitragsgrundlage auf Grund des Versicherungswertes die Heranziehung der tatsächlichen Einkünfte auf der Basis des Einkommensteuerbescheides zu wählen.

Ein Abgehen vom pauschalen Einheitswert-System setzt aber voraus, dass der steuerliche Gewinn durch Teilpauschalierung, Einnahmen-Ausgaben-Rechnung oder Buchführung festgestellt und nicht aufgrund einer Vollpauschalierung ermittelt wurde. Die Beitragsgrundlagenoption im Sozialversicherungsrecht ist also bindend für die steuerliche Gewinnermittlung. Der Umkehrschluss – jeder, der eine Einnahmen-Ausgaben-Rechnung führt bzw. der Buchführungspflicht unterliegt, ist alleine schon durch diesen Umstand sozialrechtlicher „Optant“ – ist jedoch unzulässig.

2. Antrag:

■ **Beginn:**

Der Antrag ist bis zum 30. April des dem Beitragsjahr folgenden Jahres, ab dem die Option wirksam werden soll, bei der Sozialversicherungsanstalt der Bauern (SVB) zu stellen. (Die Option für das Beitragsjahr 2011 kann also bis 30.04.2012 geltend gemacht werden.)

Ein solcher Antrag gilt dann auch für die Folgejahre und kann erst widerrufen werden, wenn eine Änderung in der Betriebsführung eintritt. Analog zur Antragstellung hat der Widerruf der Beitragsgrundlagenoption bis zum 30. April des dem Beitragsjahr folgenden Jahres, ab dem er wirksam werden soll, bei der SVB zu erfolgen.

■ **Änderung in der Betriebsführung:**

Eine Änderung in der Betriebsführung liegt in erster Linie bei einer Änderung der personellen Zusammensetzung der Betriebsführung vor, z.B. bisher alleinige Betriebsführung, sodann Betriebsführung durch mehrere Personen. Eine bloße Flächenänderung stellt jedenfalls keine Änderung der Betriebsführung dar.

Die Anerkennung einer Änderung der Betriebsführung durch die SVB erfolgt unter der Voraussetzung, dass sie zumindest für ein Wirtschaftsjahr besteht. Eine Änderung der Betriebsführung in einem kürzeren Zeitraum als einem Wirtschaftsjahr wird von der SVB nur bei Vorliegen entsprechender Nachweise (Änderungsmeldung bei der AMA, Finanzbehörden, etc.) akzeptiert.

■ **Unterjährige Betriebsübergabe:**

Grundsätzlich wird die Beitragsgrundlagenoption für ein Beitragsjahr – beginnend mit 1. Jänner – ausgeübt. Kommt es jedoch zu einer „unterjährigen“ Betriebsübergabe, besteht auch unterjährig die Möglichkeit zur Option.

Beispiel: *Der Vater führt den Betrieb bis 30.06.2011; dann übergibt er an seinen Sohn und bezieht ab 01.07.2011 eine Alterspension. Der Sohn kann bereits für 2011 optieren.*

■ **Mehrere land(forst)wirtschaftliche Betriebsführer**

Wird der land(forst)wirtschaftliche Betrieb auf gemeinsame Rechnung und Gefahr mehrerer Personen geführt, muss der Antrag auf Beitragsgrundlagenoption von allen Betriebsführern gestellt werden.

Tritt ein neuer Betriebsführer in den Betrieb ein, muss er der Option ausdrücklich (schriftlich) zustimmen. Stimmt er nicht zu, endet die Beitragsgrundlagenoption mit dem Zeitpunkt der Änderung in der Betriebsführung. Wenn ein Betriebsführer aus dem Betrieb ausscheidet, haben die verbleibenden Betriebsführer bis zum 30. April des Folgejahres die Möglichkeit, einen Antrag auf Beitragsgrundlagenoption zu stellen.

3. Bildung der Beitragsgrundlage:

■ **Endgültige Beitragsgrundlage:**

Für die Ermittlung der Beitragsgrundlage sind gemäß § 23 Abs. 4 BSVG die im jeweiligen Kalenderjahr auf einen Kalendermonat im Durchschnitt entfallenden Einkünfte aus der land(forst)wirtschaftlichen Tätigkeit heranzuziehen. Die Beitragsgrundlage wird also anhand der im Einkommensteuerbescheid ausgewiesenen Einkünfte für die Land- und Forstwirtschaft, zuzüglich der im Beitragsjahr vorgeschriebenen Beiträge zur Kranken- und Pensionsversicherung (welche in der Einkommensteuererklärung einen Abzugsposten darstellen), festgestellt.

■ **Vorläufige Beitragsgrundlage:**

Bis zum Vorliegen des Einkommensteuerbescheides – das ist frühestens Mitte des auf das Beitragsjahr folgenden Kalenderjahres der Fall – wird eine vorläufige Beitragsgrundlage gebildet. Gemäß § 23 Abs. 4a Z 2 BSVG gilt als vorläufige Beitragsgrundlage im Falle einer Beitragsgrundlagenoption stets der Versicherungswert, also die auf der Basis des land(forst)wirtschaftlichen Einheitswertes gebildete Beitragsgrundlage.

Auch im Falle einer Beitragsgrundlagenoption ist daher jede für die Versicherung bedeutsame **Änderung** (Zu-/Verkäufe, Zu-/Verpachtungen, etc.) **innerhalb ei-**

nes Monats vom Betriebsführer zu melden.

Erst bei Vorliegen des Einkommensteuerbescheides für das jeweilige Beitragsjahr kommt es zu einer Nachbemessung: Ist die endgültige Beitragsgrundlage niedriger als die vorläufige Beitragsgrundlage, werden die zuviel entrichteten Beiträge zurückbezahlt bzw. auf dem Beitragskonto gutgeschrieben.

■ Mindestbeitragsgrundlage:

Im Falle der Beitragsgrundlagenoption gelten eigene Mindestbeitragsgrundlagen.

Ursprünglich betrug die Mindestbeitragsgrundlage EUR 1.827,43 (Wert 2001) monatlich. Nachdem sich die Höhe dieser Mindestbeitragsgrundlage als nicht praxisgerecht erwies, erfolgte durch das SRÄG 2004 (BGBl. I Nr. 105/2004) eine Anpassung im Bereich der Kranken- und Unfallversicherung durch eine Absenkung der Mindestbeitragsgrundlage auf EUR 1.096,42 monatlich für das Beitragsjahr 2004. Im Zuge der Vereinheitlichung der Pensionssysteme wurde für alle sozialversicherten Berufsgruppen eine einheitliche Geringfügigkeitsgrenze bzw. Mindestbeitragsgrundlage in der Pensionsversicherung festgelegt. Daher wurde mit dem Pensionsharmonisierungsgesetz (BGBl. I Nr. 142/2004) die Mindestbeitragsgrundlage in der Pensionsversicherung stufenweise beginnend mit dem Jahr 2006 auf die Höhe der Geringfügigkeitsgrenze nach dem ASVG abgesenkt (Wert 2006: EUR 1.194,30, Wert 2007: EUR 341,16).

2011 betragen die Mindestbeitragsgrundlagen:

- in der Kranken- und Unfallversicherung **EUR 1.296,94 monatlich** und
- in der Pensionsversicherung **EUR 374,02 monatlich**.

Liegt also die endgültige Beitragsgrundlage, die sich aus den Einkünften laut Einkommensteuerbescheid zuzüglich der vorgeschriebenen Sozialversicherungsbeiträge ergibt, betragsmäßig unter den oben genannten Werten, so sind die jeweiligen Werte der Mindestbeitragsgrundlage in Ansatz zu bringen.

Erfolgt die Betriebsführung auf Rechnung und Gefahr mehrerer Personen, werden diese Mindestbeitragsgrundlagen grundsätzlich pro Person in Ansatz gebracht; handelt es sich jedoch um eine gemeinsame Betriebsführung von Ehegatten bzw.

eingetragenen Partnern, werden die Mindestbeitragsgrundlagen halbiert.

Bei Abgabe einer Einkommensteuererklärung durch den Landwirt wird von Seiten des Finanzamtes in den meisten Fällen kein Einkommensteuerbescheid erstellt, da kein steuerlich relevantes Einkommen vorhanden ist, d.h. keine Erstellung von sog. „Nullbescheiden“ durch das Finanzamt. Unter Beachtung der 24. Novelle zum BSVG, BGBl. I Nr. 101/2001 wird nun die Mitteilung der Abgabenbehörde, dass keine für die Einkommensteuer maßgeblichen Einkünfte aus der land(forst)wirtschaftlichen Tätigkeit vorliegen, dem Vorliegen eines Einkommensteuerbescheides gleichgestellt.

Das bedeutet, dass im Rahmen eines Datenaustausches mit den Abgabenbehörden jene Fälle, in welchen eine Beitragsgrundlagenoption erfolgt ist, von der Sozialversicherungsanstalt der Bauern übermittelt werden. Im Gegenzug erfolgt eine Rückmeldung durch die Abgabenbehörden, ob es zur Ausstellung eines Einkommensteuerbescheides gekommen ist.

Im Falle der Mitteilung, dass kein steuerlich relevantes Einkommen vorliegt, werden sodann für die Zwecke der Sozialversicherung Einkünfte in der Höhe von EUR 0,- fingiert und die Mindestbeitragsgrundlagen in Ansatz gebracht.

4. Beitragssatz

Im Budgetbegleitgesetz 2001 war ursprünglich vorgesehen, dass für die in der Pensionsversicherung Pflichtversicherten – sofern deren Beitragsgrundlage aufgrund einer Beitragsgrundlagenoption gebildet wird – der Beitragssatz der in der Pensionsversicherung nach dem Gewerblichen Sozialversicherungsgesetz (GSVG) für Pflichtversicherte zur Anwendung gelangt.

Zur Vermeidung einer „Anbindung“ an das Beitragssystem des GSVG wurde jedoch im Rahmen der 24. BSVG-Novelle, BGBl. I Nr. 101/2001, anstelle des GSVG-Pensionsversicherungsbeitrages ein Zusatzbeitrag in Höhe von 3 % der Beitragssumme eingeführt, welcher rechnerisch etwa das gleiche Ergebnis brachte.

Hinweis

Alle
Beträge
in EURO

Hinweis

* Für die Leistungen der Pensionsversicherung wird der einheitliche Beitragssatz von 22,8 % berücksichtigt, da zum Eigenbetrag von 15,25 % noch Leistungen, die nur von den Bauern erbracht werden (wie z.B. fiktives Ausgedinge), angerechnet werden. Der Eigenbeitragssatz von 15,25% wird bis zum Jahr 2014 schrittweise auf 16% erhöht.

Beispiele erleichtern das Verständnis:

Beitragsätze im BSVG:

Pensionsversicherung	15,25 % * der Beitragsgrundlage
Krankenversicherung	7,65 % der Beitragsgrundlage
Unfallversicherung	1,9 % der Beitragsgrundlage

Zusatzbeitrag im Falle der Beitragsgrundlagenoption: 3 % der Beitragssumme

Beispiel 1:

Ein Landwirt führt einen Betrieb mit einem Einheitswert in Höhe von EUR 50.000,-. Im Dezember 2011 macht er von der Option für das Beitragsjahr 2011 Gebrauch.

Vorläufige Beitragsgrundlage:

Der Versicherungswert (Beitragsgrundlage aufgrund des Einheitswertes) in der Höhe von EUR 4.096,55 wird daraufhin zur vorläufigen Beitragsgrundlage, welche bis zur Vorlage des Einkommensteuerbescheides für 2011 zur Anwendung kommt.

Im Einkommensteuerbescheid 2011 scheinen auf:

Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft EUR 15.600,-

Zu diesen steuerlichen Einkünften werden die im Beitragsjahr 2011 vorgeschriebenen Beiträge zur Kranken- und Pensionsversicherung hinzugerechnet:

	€ 15.600,-
+ rund	€ 11.170,-
Ergibt in Summe	€ 26.770,- (: 12)
= rund	€ 2.230,83 monatliche Beitragsgrundlage

Die sich aus dem Einkommensteuerbescheid ergebende endgültige Beitragsgrundlage ist somit niedriger als die vorläufige Beitragsgrundlage, weshalb die zuviel entrichteten Beiträge in der Höhe von rund EUR 5.719,- zurückgezahlt werden bzw. erfolgt eine Gutschrift am Konto.

Beispiel 2:

Ein Landwirt führt einen Betrieb mit einem Einheitswert in Höhe von EUR 60.000,-. Im Februar 2012 macht er von der Option für das Beitragsjahr 2011 Gebrauch.

Vorläufige Beitragsgrundlage:

Der Versicherungswert (Beitragsgrundlage aufgrund des Einheitswertes) in Höhe von EUR 4.365,60 wird daraufhin zur vorläufigen Beitragsgrundlage, welche bis zur Vorlage des Einkommensteuerbescheides für 2011 zur Anwendung kommt.

Im Einkommensteuerbescheid 2011 scheinen auf:

Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft EUR 2.815,-

Zu diesen steuerlichen Einkünften werden die im Beitragsjahr 2010 vorgeschriebenen Beiträge zur Kranken- und Pensionsversicherung hinzugerechnet:

	€ 2.815,-
+ rund	€ 12.520,-
Ergibt in Summe	€ 15.335,- (: 12)
=	€ 1.277,92 monatliche Beitragsgrundlage in der Pensionsversicherung

Für die Berechnung der Kranken- und Unfallversicherungsbeiträge kommt die monatliche Mindestbeitragsgrundlage in der Höhe von EUR 1.296,94 (Wert 2011) zur Anwendung.

Die sich aus dem Einkommensteuerbescheid ergebende endgültige Beitragsgrundlage ist somit niedriger als die vorläufige Beitragsgrundlage, weshalb die zuviel entrichteten Beiträge in der Höhe von rund EUR 9.096,- zurückgezahlt werden bzw. erfolgt eine Gutschrift am Konto.

Beispiel 3:

Ein land(forst)wirtschaftlicher Betrieb mit einem Einheitswert in der Höhe von EUR 100.000,- wird von einem Ehepaar auf gemeinsame Rechnung und Gefahr geführt. Im Jänner 2012 wird die Beitragsgrundlagenoption für das Beitragsjahr 2011 ausgeübt – die Option bedarf der schriftlichen Zustimmung beider Betriebsführer.

Vorläufige Beitragsgrundlage:

Der Versicherungswert (Beitragsgrundlage aufgrund des Einheitswertes) in der Höhe von jeweils EUR 2.720,92 wird daraufhin zur vorläufigen Beitragsgrundlage, welche bis zur Vorlage der Einkommensteuerbescheide für 2011 zur Anwendung kommt.

Im Einkommensteuerbescheid 2011 des Gatten scheinen auf:

Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft EUR 17.340,-

Im Einkommensteuerbescheid 2011 der Gattin scheinen auf:

Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft EUR 8.660,-

Die Beitragsgrundlage für Ehegatten ist gemäß § 23 Abs. 6 Z.3 BSVG jeweils die Hälfte der Beitragsgrundlage, die für den land(forst)wirtschaftlichen Betrieb gebildet wird.

Beitragsgrundlage des Betriebes:

Summe der Einkünfte EUR 26.000,-

Zu diesen steuerlichen Einkünften werden die im Beitragsjahr 2011 vorgeschriebenen Beiträge zur Kranken- und Pensionsversicherung hinzugerechnet:

	€ 26.000,-	
	+ rund € 14.837,-	
Ergibt in Summe	€ 40.837,- (: 12)	
=	€ 3.403,08	monatliche Betriebs-Beitragsgrundlage für die Unfallversicherung (:2)
=	€ 1.701,54	monatliche Beitragsgrundlage je Betriebsführer in der Kranken- und Pensionsversicherung

Die sich aus dem Einkommensteuerbescheid ergebende endgültige Beitragsgrundlage ist somit niedriger als die vorläufige Beitragsgrundlage, weshalb die zuviel entrichteten Beiträge in der Höhe von rund EUR 6.122,- zurückgezahlt werden bzw. erfolgt eine Gutschrift am Konto.

Beispiel 4:

Ein land(forst)wirtschaftlicher Betrieb mit einem Einheitswert in der Höhe von EUR 60.000,- wird von 2 Landwirten auf gemeinsame Rechnung und Gefahr in Form einer GesbR (Unternehmeranteile 50 % : 50 %) geführt.

Im Februar 2012 wird die Beitragsgrundlagenoption für das Beitragsjahr 2011 ausgeübt – die Option bedarf der schriftlichen Zustimmung beider Betriebsführer.

Vorläufige Beitragsgrundlage:

Der Versicherungswert (Beitragsgrundlage aufgrund des Einheitswertes) in der Höhe von jeweils EUR 3.373,37 in der Kranken- und Pensionsversicherung bzw. von EUR 4.365,60 in der Unfallversicherung wird daraufhin zur vorläufigen Beitragsgrundlage, welche bis zur Vorlage der Einkommensteuerbescheide für 2011 zur Anwendung kommt.

Im Einkommensteuerbescheid 2011 des Landwirtes A scheinen auf:

Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft EUR 2.300,-

Im Einkommensteuerbescheid 2011 des Landwirtes B scheinen auf:

Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft EUR 4.625,-

Auch hier muss zunächst die Beitragsgrundlage für den land(forst)wirtschaftlichen Betrieb gebildet werden:

Summe der Einkünfte EUR 6.925,-

Zu diesen steuerlichen Einkünften werden die im Beitragsjahr 2011 vorgeschriebenen Beiträge zur Kranken- und Pensionsversicherung hinzugerechnet:

	€ 6.925,-
+ rund	€ 18.400,-
Ergibt in Summe	€ 25.325,- (: 12)
=	€ 2.110,42 monatliche Betriebs-Beitragsgrundlage für die Unfallversicherung
Aufteilung 50 % : 50 %	
=	€ 1.055,21 je Betriebsführer für die Pensionsversicherung

Für die Berechnung der Krankenversicherungsbeiträge kommt für beide Betriebsführer die monatliche Mindestbeitragsgrundlage in der Höhe von EUR 1.296,94 (Wert 2011) zur Anwendung.

Die sich aus dem Einkommensteuerbescheid ergebende endgültige Beitragsgrundlage ist somit niedriger als die vorläufige Beitragsgrundlage, weshalb die zuviel entrichteten Beiträge in der Höhe von rund EUR 12.962,- zurückgezahlt werden bzw. erfolgt eine Gutschrift am Konto.

II. Beitragsgrundlagenoption und Steuern

Für die Berechnung der Einkommensteuer ist es zunächst erforderlich, die „Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft“ (Gewinn) zu ermitteln. Aus diesem Grund sollen im folgenden Beitrag die Grundzüge der Gewinnermittlung und die steuerlichen Auswirkungen der sozialversicherungsrechtlichen Beitragsgrundlagenoption behandelt werden.

1. Übersicht über die Gewinnermittlungsarten

■ a) Buchführung

Buchführungspflicht gem. § 125 BAO über EUR 150.000,- Einheitswert oder über EUR 400.000,- Umsatz = doppelte Buchführung (Bestandsverrechnung und Erfolgsrechnung), periodengerechte Gewinnermittlung mit Inventur und Bilanz. Freiwillig ist die Buchführung natürlich auch für kleinere Betriebe zulässig.

■ b) Einnahmen-Ausgaben-Rechnung

Diese ist für alle nichtbuchführungspflichtigen Betriebe zulässig. Es ist der Unterschied zwischen Betriebseinnahmen und Betriebsausgaben zu ermitteln und es gelten vereinfachte Aufzeichnungspflichten. Maßgeblich ist der Geldzufluss (Verfügungsmacht) und Geldabfluss (mit Ausnahmen).

Auf die Absetzung für Abnutzung (AfA) für Wirtschaftsgebäude, Maschinen und Geräte etc. sollte nicht vergessen werden.

■ c) Pauschalierung (Vollpauschalierung bzw. Teilpauschalierung)

Für alle nichtbuchführungspflichtigen Betriebe ist eine Einnahmen-Ausgaben-Rechnung oder Pauschalierung zulässig. Innerhalb der pauschalieren Gewinnermittlung ist zwischen Vollpauschalierung (bis EUR 100.000,- Einheitswert) und Teilpauschalierung (über EUR 100.000,- Einheitswert oder bei sozialversicherungsrechtlicher Beitragsgrundlagenoption oder auf Antrag) zu unterscheiden.

Hinweis

Alle
Beträge
in EURO

2. Die steuerlichen Voraussetzungen

Nichtbuchführungspflichtige Land- und Forstwirte können ihren Gewinn nach den Bestimmungen der Pauschalierungsverordnung ermitteln. Die Verordnung gilt für die Kalenderjahre 2011 bis einschließlich 2015 (Verordnung des Bundesministers für Finanzen vom 27. 12. 2010 über die Aufstellung von Durchschnittssätzen für die Ermittlung des Gewinnes aus Land- und Forstwirtschaft, LuF-PauschVO 2011, BGBl. II Nr. 471/2010; aufgrund eines Redaktionsfehlers war eine Berichtigung durch BGBl. II Nr. 4/2011 erforderlich).

Eine pauschale Gewinnermittlung für einzelne Unterarten des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens ist nicht zulässig (z.B. Einnahmen-Ausgaben-Rechnung für die Forstwirtschaft kombiniert mit einer Pauschalierung für den Weinbau).

Der Gewinndurchschnittssatz für die Vollpauschalierung in der Landwirtschaft wurde unverändert einheitlich mit 39 % festgelegt.

Die Vollpauschalierung kann, zumindest bei extensiv geführten Betrieben, zum Ansatz eines höheren Betrages an Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft führen, als dies bei einer Aufzeichnung der Einnahmen (und Ausgaben) der Fall wäre.

Es wird daher jedem nichtbuchführungspflichtigen Landwirt die Wahlmöglichkeit eingeräumt, den Gewinn seines land(forst)wirtschaftlichen Betriebes nach den Bestimmungen der Teilpauschalierung zu ermitteln, bei einem land(forst)wirtschaftlichen Einheitswert bis EUR 100.000,- ist hierfür ein Antrag erforderlich. Eine zusätzliche sozialversicherungsrechtliche Option ist nicht erforderlich. Eine Rückkehr von Betrieben, die einen solchen Antrag gestellt haben, zur Vollpauschalierung, ist frühestens nach Ablauf von fünf Jahren erforderlich.

Bewirtschaften Sie also beispielsweise einen land(forst)wirtschaftlichen Betrieb mit einem Einheitswert von EUR 50.000,- und wollen die Teilpauschalierung beanspruchen, so ist dies auf Antrag möglich. Außerdem gilt es zu beachten, dass bei einem

Wechsel der Pauschalierungsmethode kein Übergangsergebnis zu ermitteln ist. Davon abgesehen besteht für vollpauschalierte Betriebe unverändert die Möglichkeit die Beitragsgrundlagenoption gem. § 23 Abs. 1 a BSVG („große Option“) auszuüben.

Das Bauernsozialversicherungsgesetz ermöglicht die Ermittlung der Beitragsgrundlage in Abhängigkeit vom Einkommensteuerbescheid (anstelle des einheitswertabhängigen Versicherungswertes), sofern diesem keine vollpauschalierte Gewinnermittlung (d.h. eine Buchführung, eine Einnahmen-Ausgaben-Rechnung oder zumindest eine Teilpauschalierung) zugrunde liegt.

Beispiel:

Ein Landwirtschaftsbetrieb hat eine selbstbewirtschaftete Fläche von EUR 60.000,- Einheitswert und Betriebseinnahmen in Höhe von EUR 70.000,-. Die Teilpauschalierung (nur auf Antrag oder bei gleichzeitiger sozialversicherungsrechtlicher Option zulässig) führt hier zu einer geringeren Steuerbelastung als die Vollpauschalierung.

Berechnung (Zwischenergebnis):

Einheitswert:	EUR 60.000,- x 39 % = EUR 23.400,-
Einnahmen:	EUR 70.000,- minus 70 % = EUR 21.000,-

Die speziellen Betriebsausgaben sind sowohl bei der Voll- als auch bei der Teilpauschalierung gesondert abzuziehen.

Für Betriebe, die eine sozialversicherungsrechtliche Beitragsgrundlagenoption gem. § 23 Abs. 1 a BSVG (große Option) ausgeübt haben, ergibt sich allerdings ein Verbot zur Rückkehr in die Vollpauschalierung aus dem Sozialversicherungsrecht.

3. Grundzüge der Teilpauschalierung

Während bei der Vollpauschalierung der Gewinn grundsätzlich vom land(forst)wirtschaftlichen Einheitswert („einheitswertabhängige Pauschalierung“) abgeleitet wird, sind bei der Teilpauschalierung die Betriebseinnahmen aufzuschreiben und die Betriebsausgaben werden nur pauschal angesetzt („einnahmenabhängige Pauschalierung“). Weil hier nur teilweise eine Pauschalierung erfolgt (eben auf der Ausgabenseite), hat sich der Begriff Teilpauschalierung durchgesetzt.

Die betrieblichen Einnahmen in der Landwirtschaft sind aufzuzeichnen; die Ausgaben werden mit 70 % der Einnahmen „pauschal“ angesetzt.

Von den verbleibenden 30 % können noch die bezahlten Sozialversicherungsbeiträge, die bezahlten Schuldzinsen, die bezahlten Pachtzinse und das geleistete Ausgedinge in tatsächlicher Höhe in Abzug gebracht werden.

Sonderregelungen bestehen für Weinbau, Gartenbau, Forstwirtschaft und land(forst)wirtschaftliche Nebentätigkeiten.

■ a) Was soll aufgezeichnet werden?

Alle steuerpflichtigen Betriebseinnahmen (inkl. Umsatzsteuer) einschließlich EU-Ausgleichszahlungen, sollen dokumentiert werden.

Das 70%ige Ausgabenpauschale kann – muss aber nicht – „günstig“ sein bzw. den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen. Es ist daher dringend zu empfehlen, nicht nur die Einnahmen, sondern auch die Ausgaben aufzuzeichnen.

■ b) Form der Aufzeichnungen

Die Betriebseinnahmen (und allenfalls freiwillig die Betriebsausgaben) sind gemäß § 131 BAO der Zeitfolge nach geordnet (innerhalb eines Tages braucht die Reihenfolge aber nicht eingehalten zu werden) vollständig, richtig, zeitgerecht in einer lebenden Sprache und mit nicht leicht entfernbareren Schreibmitteln zu führen und am Jahresende zusammenzurechnen.

Die Eintragungen sind zeitgerecht, wenn sie spätestens einen Monat und 15 Tage nach Ablauf des Kalendermonates erfolgen (d.h. z.B. Jänner bis zum 15. März – Buchungstag).

Vorher müssen aber schon die Grundlagen für die Eintragungen zumindest täglich festgehalten werden. Dabei sind die Bestimmungen der Barbewegungsverordnung einzuhalten. Dies ist vor allem für Direktvermarkter von besonderer Bedeutung.

Beispiel: *Kombiniertes Kassa-Bankbuch*

Datum	Beleg-Nr.	Text	Kassa		Bank	
			Bruttoeinn.	Bruttoausg.	Bruttoeinn.	Bruttoausg.
3.1.10	B1	20.000 kg Mahlweizen			€ 5.200,-	
15.2.10	K1	Kartoffeln	€ 20,-			

■ c) Einkommensteuererklärung

Teilpauschalierte Landwirte haben dieselbe Beilage zur Einkommensteuererklärung wie vollpauschalierte Land- und Forstwirte zu verwenden (Formulare E1c und E6c). Beispiel siehe Seite 24.

4. Die steuerlichen Auswirkungen

Für eine grobe Schätzung der Einkommensteuer einer Person können Sie die folgende Tabelle verwenden (Einkommensteuertarif).

Die Einkommensteuer beträgt jährlich

bei einem Einkommen von	Steuersatz
€ 0 bis € 11.000	0 %
€ 11.001 bis € 25.000	36,50 %
€ 25.001 bis € 60.000	43,21 %
ab € 60.001	50,00 %

Bis zu einem Einkommen von EUR 11.000,- ist somit keinesfalls Einkommensteuer zu entrichten.

Die Sozialversicherungs(pflicht)beiträge mindern den steuerlichen Gewinn. Ergibt sich also beispielsweise durch die sozialversicherungsrechtliche Option eine geringere Beitragsbelastung (infolge Gutschrift oder Rückerstattung), so können auch nur die tatsächlich geleisteten Sozialversicherungsbeiträge berücksichtigt werden. Dies kann je nach Einkommenshöhe zu einer Mehrbelastung an Einkommensteuer in Höhe von bis zu 50 % der verminderten Sozialversicherungsbeiträge führen, sodass nur der Restbetrag als „echte Abgabensenkung“ für den Betrieb anzusehen ist.

5. Übergangsergebnis

Beim Wechsel der Gewinnermittlungsart ist grundsätzlich durch Zu- und Abschläge auszuschließen, dass Veränderungen des Betriebsvermögens (Betriebeinnahmen, Betriebsausgaben) nicht oder doppelt berücksichtigt werden. Ergeben die Zu- und Abschläge einen Überschuss (Übergangsgewinn), so ist dieser beim Gewinn des ersten Gewinnermittlungszeitraumes nach dem Wechsel zu berücksichtigen. Ergeben die Zu- und Abschläge einen Verlust (Übergangsverlust), so ist dieser, beginnend mit dem ersten Gewinnermittlungszeitraum nach dem Wechsel, zu je einem Siebentel in den nächsten sieben Gewinnermittlungszeiträumen zu berücksichtigen.

Die im Rahmen einer (doppelten) Buchführung oder einer Vollpauschalierung ermittelten Erträge und Aufwände sind periodenbereinigt.

Die Einnahmen-Ausgaben-Rechnung oder Teilpauschalierung berücksichtigt hingegen die Einnahmen und die Ausgaben nach dem Zu- bzw. Abfluss. Beim Wechsel von einer periodenbereinigten Gewinnermittlung zu einer Gewinnermittlung nach dem Zuflussprinzip (und umgekehrt) ist darauf zu achten, dass folgende Werte nicht doppelt oder gar nicht erfasst werden (Übergangsergebnis):

Aktiva

- Vorräte
- Kundenforderungen
- Gegebene Anzahlungen
- sonstige betriebliche Forderungen
- Aktive Rechnungsabgrenzungen

Passiva

- Lieferantenverbindlichkeiten
- Erhaltene Anzahlungen
- Rückstellungen
- sonstige betriebliche Verbindlichkeiten
- Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Aufgrund der Bestimmungen der LuF-Pausch VO 2011 ist bei einem Wechsel von der Vollpauschalierung zur Teilpauschalierung oder umgekehrt kein Übergangsergebnis zu errechnen !

Beispiel:

Landwirtschaftlicher Betrieb mit 36 ha Eigenfläche und 4 ha Pachtfläche.
Gebaut werden 2 ha Kartoffeln, 3 ha Rüben, 25 ha Weizen, 3 ha Durum und 7 ha Bohnen.

Hektarsatz: EUR 1.200,- EHW: EUR 48.000,-

Pachtfläche von den Eltern (es kommt der eigene Hektarsatz zum Ansatz)

Beitragsgrundlage/Monat: EUR 4.042,73

UV: EUR 76,81

PV: EUR 616,52

KV: EUR 309,27

EUR 1.002,60 x 12 = EUR 12.031,20 pro Jahr

Die Einnahmen-Ausgaben-Rechnung stellt sich wie folgt dar:

Einnahmen		Ausgaben	
Kartoffeln	€ 5.535,68	SVB	€ 12.031,20
Rüben	€ 9.666,83	Hagelversicherung	€ 2.619,62
Weizen	€ 44.207,01	Grundsteuer, Wasser, Strom Telefon ...	
Durum	€ 6.077,79	Diesel + Öl	€ 4.900,68
Bohnen	€ 14.414,23	Saatgut, Dünger, Pflanzenschutz	€ 11.872,68
Förderung	€ 31.302,87	Diverses (Kleinmaterial, Pfand Kontoführung)	€ 4.988,50
Diverses	€ 139,-	Schuldzinsen	€ 165,77
Eigenverbrauch	€ 38,-		
	€ 111.381,41	Pachtschilling	€ 1.129,34
		Vergebene Arbeiten	€ 4.500,-
		AfA	€ 16.918,29
		Ausgedinge	
		2 Personen	€ 1.460,-
			€ 60.586,08

Vergleichsberechnung 2011

Steuer	Sozialversicherung
1) Vollpauschalierung	
EHW € 48.000,- x 0,39 = € 18.720,-	€ 4.042,73 Versicherungswert = Beitragsgrundlage
SV-Beiträge - € 12.031,20	€ 12.031,20 SV-Beiträge
Schuldzinsen - € 165,77	
Pacht - € 1.129,34	
Ausgedinge - € 1.460,-	
€ 3.933,69	
2) Teilpauschalierung	
Einnahmen € 111.381,41	€ 18.267,17 Einkünfte laut Einkommensteuerbescheid
- 70 % - € 77.966,99	
€ 33.414,42	€ 11.109,48 vorgeschriebene KV, PV Beiträge
SV-Beiträge - € 12.392,14 (inkl. 3 % Zusatzbeitrag = € 360,94)	€ 29.376,65 jährliche Beitragsgrundlage : 12
Schuldzinsen - € 165,77	€ 2.448,05 monatliche Beitragsgrundlage
Pacht - € 1.129,34	
Ausgedinge - € 1.460,-	
€ 18.267,17	€ 7.493,99 SV-Beiträge (inkl. Zusatzbeitrag)
	€ 4.898,15 zurück bzw. Gutschrift

3) Einnahmen-Ausgaben-Rechnung

Steuer		Sozialversicherung	
Einnahmen	€ 111.381,41	€ 49.289,72	Einkünfte laut Einkommensteuerbescheid
Ausgaben	- € 60.219,84	€ 11.109,48	vorgeschriebene KV, PV Beiträge
	€ 51.161,57	€ 60.399,20	jährliche Beitragsgrundlage : 12
Übergangungsverlust	- € 1.871,85	€ 5.033,27	monatliche Beitragsgrundlage
	€ 49.289,72	€ 4.900,-	Höchstbeitragsgrundlage
		€ 14.582,40	SV-Beiträge (lt. Höchstbeitragsgrundlage)
		- € 12.031,20	
		€ 2.551,20	Nachtragsforderung

Vergleichsberechnung 2012

Um vergleichen zu können, sind Einheitswert und die Einnahmen und Ausgaben wie für 2011 angesetzt worden.

Angenommen wurde weiters, dass der Einkommensteuerbescheid für 2011 im Jahre 2012 rechtskräftig wird, d.h. rechtzeitig zugestellt und hinsichtlich der Sozialversicherungsbeiträge wirksam wurde. Die Modalitäten für die Gewinnermittlung und für die Berechnung der Sozialversicherungsbeiträge wurden im Jahr 2012 unverändert wie im Jahr 2011 angenommen.

1) Vollpauschalierung

Steuer und Sozialversicherung sind in diesem Fall gleich wie in der Vergleichsberechnung 2011 (vergleiche Seite 25).

2) Teilpauschalierung

Steuer		Sozialversicherung	
	€ 33.414,42	€ 23.320,80	Einkünfte laut Einkommensteuerbescheid
	€ 5.053,63	€ 11.109,48	vorgeschriebene KV, PV Beiträge
	€ 38.468,05	€ 34.430,28	jährliche Beitragsgrundlage : 12
SV-Beiträge	- € 12.392,14	€ 2.869,19	monatliche Beitragsgrundlage
(inkl. 3 % Zusatzbeitrag = 360,94)		€ 8.802,67	SV-Beiträge (€ 256,39 = inkl. 3 % Zusatzbeitrag)
Schuldzinsen	- € 165,77		
Pacht	- € 1.129,34		
Ausgedinge	- € 1.460,-		
	€ 23.320,80		

3) Einnahmen-Ausgaben-Rechnung

Steuer	Sozialversicherung	
€ 49.289,72	€ 46.738,52	Einkünfte laut Einkommensteuerbescheid
- € 2.551,20		
€ 46.738,52	€ 11.109,48	vorgeschriebene KV, PV Beiträge
	€ 57.848,-	jährliche Beitragsgrundlage : 12
	€ 4.820,-	monatliche Beitragsgrundlage
	€ 4.900,-	Höchstbeitragsgrundlage
	€ 14.345,28	SV-Beiträge
	€ 12.031,20	
	€ 2.314,08	Nachzahlung

6. Selbständigenvorsorge für Land- und Forstwirte

Für Dienstnehmer gibt es sie bereits seit 2003: die so genannte „Abfertigung neu“, bei der der Arbeitgeber Beiträge in Höhe von 1,53 % des Entgelts in eine Mitarbeiter-Vorsorgekasse einzahlt. Seit 1.1.2008 ist dieses Vorsorgemodell optional auch für Land- und Forstwirte vorgesehen.

Auch Land- und Forstwirte können demnach optional ab 2008 Beiträge in die betriebliche Selbständigenvorsorge einbezahlen. Die Beiträge machen 1,53 % der Beitragsgrundlage in der BSVG aus. Die höchste Beitragsgrundlage beträgt 2011 € 4.900,- pro Monat. Die Wahl der betrieblichen Vorsorgekasse ist für Land- und Forstwirte jedenfalls frei, egal ob überhaupt oder bei welcher Kasse ein Vertrag für die „Abfertigung neu“ der Mitarbeiter abgeschlossen wurde.

„Neueinsteiger“ in die Land- und Forstwirtschaft oder Hofübernehmer können sich innerhalb eines Jahres nach dem erstmaligen Beginn der Pflichtversicherung oder der Berufsausübung zur Beitragsleistung verpflichten. Falls sie sich für das betriebliche Vorsorgemodell entscheiden, ist ein späteres Opting-Out oder ein Einschränken bzw. Aussetzen der Beitragsleistung nicht mehr möglich.

Die Auszahlung erfolgt grundsätzlich mit der Inanspruchnahme der Eigenpension oder mit dem Tod des Anwartschaftsberechtigten. Letzterenfalls soll der Kapitalbetrag in die Verlassenschaft fallen.

Steuerliche Auswirkung

Die an die betriebliche Vorsorgekasse bezahlten Beiträge sind als Betriebsausgaben abzugsfähig. Die Auszahlung von Bezügen als Einmalbetrag aus der Selbständigenvorsorge wird – wie auch bei der Auszahlung an Dienstnehmer – mit 6 % besteuert. Wird der Betrag an eine dafür vorgesehene Institution (z.B. Pensionszusatzversicherung) übertragen und in der Folge als laufende Rente ausbezahlt, ist diese Rente steuerfrei.

Beispiel 1:

Land- und Forstwirt A besitzt Äcker im Ausmaß von 150 Hektar. Sein Einheitswert beträgt € 160.000. Er ist in der bäuerlichen Sozialversicherung in der höchsten Beitragsgrundlage. Sein Gewinn beträgt € 70.000 und sein Grenzsteuersatz 50 %. Er kann nun jährlich € 899,64 (= € 4.900 x 12 Monate x 1,53 %) an die betriebliche Vorsorgekasse bezahlen. Die Hälfte davon, d. s. € 449,82 zahlt ihm der Fiskus.

Beispiel 2:

Land- und Forstwirt B besitzt Wiesen und Wälder im Ausmaß von 120 Hektar. Sein Einheitswert beträgt € 68.000. Sein Gewinn beträgt € 13.000. Er kann nun jährlich € 841,04 an die betriebliche Vorsorgekasse bezahlen. Sein Grenzsteuersatz beträgt 36,50 %. Der Fiskus bezahlt ihm € 307,-.

Die Beispiele zeigen, dass das Modell der Selbstständigenvorsorge umso günstiger ist, je höher der Gewinn und somit der Grenzsteuersatz und je höher i. d. R. der Einheitswert ist. Über einen längeren Einzahlungszeitraum von beispielsweise 10 oder 20 Jahren betrachtet, zeigt somit der Steuerspareffekt durchaus beachtliche Beträge. Hinzu kommt eine durch die Veranlagung der einbezahlten Beträge durch die Vorsorgekasse erzielte Rendite.

Voll- und teilpauschalierte Landwirte hingegen, die aufgrund der Höhe ihres Einheitswertes nicht zur Einkommensteuer veranlagt sind, können keinen Steuerspareffekt geltend machen. Bei ihnen wirkt sich daher allein die Rendite aus der Veranlagung positiv aus.

III. Auswirkungen auf die Pensionshöhe

Beispiel:

Männlicher Betriebsführer, geb. 5.12.1973

Stichtag in 28 Jahren (1.1.2039)

Lückenloser Versicherungsverlauf nach Pflichtschulende (594 Beitragsmonate) unter der Zugrundelegung der Werte 2010 (ohne Berücksichtigung von Aufwertungsfaktoren), der Rechtslage zum 1.1.2011 (mit Parallelrechnung) und Annahme eines ununterbrochenen Zeitenerwerbes bis zum 65.Lebensjahr

- a) Pension zum 65.Lebensjahr bei durchgehender Beitragsentrichtung auf Basis der Höchstbeitragsgrundlage, wobei die Höchstbeitragsgrundlage mit dem Wert für das Jahr 2010 in der Höhe von EUR 4.795,- monatlich bis 31.12.2038 herangezogen wird:

Als Pension ergibt sich ein monatlicher Betrag von EUR 3.696,60 (brutto)

- b) Pension zum 65.Lebensjahr bei durchgehender Beitragsentrichtung auf Basis der Mindestbeitragsgrundlage im Falle der Beitragsgrundlagenoption von EUR 374,02 ab 1.1.2011 (davor immer Höchstbeitragsgrundlage) bis zum Stichtag:

Als Pension ergibt sich ein monatlicher Betrag von EUR 2.194,07 (brutto)

Bei einer allfälligen „Durchrechnung“ bei der Bildung der Bemessungsgrundlage würden sich diese Werte natürlich verändern.

regionalbüros österreichweit

Hauptstelle/Regionalbüro NÖ/Wien

Ghegastraße 1
1030 Wien
Telefon +43 (1) 797 06
Fax +43 (1) 797 06 - 1300

Regionalbüro BURGENLAND

Krautgartenweg 4
7000 Eisenstadt
Telefon +43 (2682) 631 16
Fax +43 (2682) 631 16 - 3300

Regionalbüro OBERÖSTERREICH

Blumauerstraße 47
4020 Linz
Telefon + 43 (732) 76 33
Fax +43 (732) 76 33 - 4300

Regionalbüro SALZBURG

Rainerstraße 25
5020 Salzburg
Telefon +43 (662) 87 45 91
Fax +43 (662) 87 45 91 - 5300

Regionalbüro TIROL

Fritz-Konzert-Straße 5
6020 Innsbruck
Telefon +43 (512) 520 67
Fax +43 (512) 520 67 - 6300

Regionalbüro VORARLBERG

Montfortstraße 9
6900 Bregenz
Telefon +43 (5574) 49 24
Fax +43 (5574) 49 24 - 7300

Regionalbüro STEIERMARK

Dietrich-Keller-Straße 20
8074 Raaba bei Graz
Telefon +43 (316) 343
Fax +43 (316) 343 - 8300

Regionalbüro KÄRNTEN

Feldkirchner Straße 52
9020 Klagenfurt am Wörthersee
Telefon +43 (463) 58 45
Fax +43 (463) 58 45 - 9300



Zu unseren Klienten zählen
Handel, Gewerbe, Dienstleistungen, Industrie, Apotheken, Ärzte, Zivilingenieure, Anwälte, Hotellerie, Gastronomie, Wein- und Gartenbau, Forst, Ökoenergie, Immobilien, Vereine ...



Unsere Leistungen
Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung, Buchhaltung, Bilanz, Gutachten, Personalverrechnung, Arbeitsrecht Sozialversicherung, IT-Lösungen, Kalkulation, Planung, Kostenrechnung

Steuerberatung • Wirtschaftsprüfung • Unternehmensberatung



Unsere Berater
Engagierte LBG-Teams in Ihrer Region für Ihre individuelle Beratung vor Ort. Erfahrungs- und fachlicher Austausch, Spezialisten und Qualitätsstandards - österreichweit zu Ihrem Vorteil!



Steuer- und Wirtschaftstipps
Immer auf dem neuesten Stand mit unseren Publikationen, Fachveranstaltungen und dem LBG Unternehmens-Newsletter. Weitere Informationen finden Sie unter www.lbg.at!

LBG Österreich ...

... IM BURGENLAND

Eisenstadt, Ruster Straße 12-16, Tel [02682] 62195, 62196, eisenstadt@lbg.at
Kontakt: StB/UB Mag. Gerald Gruber, StB/UB Mag. (FH) Klaus Pammer
Großpetersdorf, Ungarnstraße 10, Tel [03362] 7346, 7454, grosspetersdorf@lbg.at
Kontakt: StB Mag. Raimund Liebh
Mattersburg, Gustav-Degen-Gasse 3a, Tel [02626] 62317, mattersburg@lbg.at
Kontakt: StB/UB Mag. Erich Ostermayer
Neusiedl/See, Franz-Liszt-G. 25-27, Tel [02167] 2495-0, 2073, neusiedl@lbg.at
Kontakt: StB/UB Mag. Michael Ritter
Oberpullendorf, Hauptstr. 34/2, Tel [02612] 42319, oberpullendorf@lbg.at
Kontakt: StB Ilse Hofstädter
Oberwart, Schulgasse 17, Tel [03352] 33415, oberwart@lbg.at
Kontakt: StB Mag. Friedrich Hofmann

... IN KÄRNTEN

Klagenfurt, Villacher Ring 11, Tel [0463] 57187, klagenfurt@lbg.at
Kontakt: StB/UB Mag. Peter Hanschitz
Villach, Meerbothstraße 19, Tel [04242] 27494, villach@lbg.at
Kontakt: StB/UB Mag. Peter Hanschitz
Wolfsberg, Johann-Offner-Straße 26, Tel [04352] 4847, wolfsberg@lbg.at
Kontakt: StB Monika Rieberer

... IN NIEDERÖSTERREICH

Gänserndorf, Eichamtstr. 5-7, Tel [02282] 2520, gaenserndorf@lbg.at
Kontakt: StB/UB Wolfgang Obermaier
Gloggnitz, Wiener Straße 2, Tel [02642] 42050, gloggnitz@lbg.at
Kontakt: StB/UB Dr. Helmut Tacho
Gmünd, Schloßparkg. 6, Tel [02852] 52637, 52703, gmuend@lbg.at
Kontakt: StB/UB Herbert Bier
Hollbrunn, Amtsgasse 21, Tel [02952] 2305-0, hollbrunn@lbg.at
Kontakt: StB Mag. Gerhard Staribacher
Horn, Josef-Kirchner-G. 5, Tel [02982] 2871-0, 2872, horn@lbg.at
Kontakt: StB/UB Mag. Roland Weber, StB Konrad Bruckner
Korneuburg, Kwizdastraße 15, Tel [02262] 64234, info@lbg-cd.at
Kontakt: StB/UB Wolfgang Obermaier, UB Günter Mayer
Mistelbach, Franz-Josef-Straße 38, Tel [02572] 3842, mistelbach@lbg.at
Kontakt: UB Günter Mayer, StB Univ.-Lekt. DI Dr. Christian Urban*
Neunkirchen, Rohrbacherstr. 44, Tel [02635] 62677, 63296, neunkirchen@lbg.at
Kontakt: StB/UB KommR Franz Reisenbauer
St. Pölten, Bräuhausg. 5/2/8, Tel [02742] 355660, 355661, st-poelten@lbg.at
Kontakt: WP/StB Ing. Alois Nöstler
Waidhofen/Thaya, Raiffeisenpromenade 2/1/6, Tel [02842] 53412, waidhofen@lbg.at
Kontakt: StB/UB Mag. Thomas Lebersorger
Wr. Neustadt, Reyergasse 19, Tel [02622] 23480, 23444, wr-neustadt@lbg.at
Kontakt: StB/UB Mag. Michaela Fuchs

... IN OBERÖSTERREICH

Linz, Hasnerstraße 2, Tel [0732] 655172, 655173, linz@lbg.at
Kontakt: WP/StB/UB Günther Kraus, StB/UB DI Franz Schachner
Ried, Bahnhofstraße 39b, Tel [07752] 85441, 85442, ried@lbg.at
Kontakt: StB/UB Norbert Haitzinger
Steyr, Berggasse 50, Tel [07252] 53556-0, steyr@lbg.at
Kontakt: StB/UB Wolfgang Stacherl

... IN SALZBURG

Salzburg, St.-Julien-Str. 1, Tel [0662] 876531, salzburg@lbg.at
Kontakt: StB/UB Ing. Martin Traininger, StB/UB Mag. Thomas Leimböck

... IN DER STEIERMARK

Bruck/Mur, Koloman-Wallösch-Pl. 10, Tel [03862] 51055, bruck@lbg.at
Kontakt: WP/StB/UB Mag. Hermann Strallhofer
Graz, Niesenbergg. 37, Tel [0316] 720200, graz@lbg.at
Kontakt: WP/StB/UB Mag. Erhard Lausegger
Leibnitz, Dechant-Thaller-Straße 39, Tel [03452] 84949, leibnitz@lbg.at
Kontakt: WP/StB/UB Mag. Maria Brugger
Liezen, Hauptplatz 3, Tel [03612] 23720, 24020, liezen@lbg.at
Kontakt: StB Mag. Wilhelm Gohay

... IN TIROL

Innsbruck, Brixner Straße 1, Tel [0512] 586453, innsbruck@lbg.at
Kontakt: StB Mag. Arnulf Perkonigg

... IN WIEN

Wien, Boerhaavegasse 6, Tel [01] 53105-0, office@lbg.at
Kontakt:
WP/StB Mag. Dr. Reinhard Draschtak
StB/UB Mag. Roland Weber, StB Konrad Bruckner
WP/StB/UB Mag. Heinz Harb*
DI Martin Hellmayr
WP/StB Mag. Alexander Komarek, LL.M.
WP/StB Dr. Harald Manessinger
StB Ing. Karl Mitteröcker
StB Mag. Günter Peklo
StB/UB Mag. Andreas Sobotka
StB Univ.-Lekt. DI Dr. Christian Urban*

Unternehmenssitz: LBG Wirtschaftstreuhand und Beratungsgesellschaft m.b.H.
Steuerberatungs- und Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
1030 Wien, Boerhaavegasse 6, Tel: +43/1/53105-0, Fax: +43/1/53105-414, E-Mail: office@lbg.at

Geschäftsführung:
WP/StB Mag. Heinz Harb, h.harb@lbg.at
WP/StB Mag. Erhard Lausegger, e.lausegger@lbg.at
Berufsbefugnisse:
WP.....Beideter Wirtschaftsprüfer
StB.....Steuerberater
UB.....Unternehmensberater
*.....Gerichtlich beideter Sachverständiger



